

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

21.3.1931 (No. 68)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrueher-
Strasse Nr. 14
Berufsprüfer
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
G. A. Menz,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM, einjähr. 25 RM, halbjährlich 13 RM. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen halber Rabatt, der als Kassenabatt gilt und vorerzigt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Angelegen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrueher-Strasse 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Weiterleitung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Waldbrand, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abfertigung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortlichkeit an irgendwelcher Ergung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblatter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Abg. Sohre über Steuer- und Finanzfragen

Eine Rede im Reichstag

Dr. Sohre-Baden (Zentr.) führte im Reichstag bei Beratung des Finanzetats am Freitag u. a. aus:
Nur vernunftiger Realismus kann uns wieder aufwarfelfen. Dazu gehört aber auch die Bekämpfung des übertreibenden Pessimismus. Den Gemeinden wirft man oft Mangel an Sparsamkeit vor. Aber beispielsweise in Karlsruhe verschlingen die Wohlfahrtsausgaben mehr, als die gesamten Realsteuern und uberweisungssteuern! (Sort! Sort!) Eine Vereinfachung der Steuerverwaltung müßte man durchaus begruen. Gegenüber einer Vereinfachung ist jedoch Mißtrauen am Platze.
Bei künftigen Steuerplanen muß auch eine gerechte Steuergrundlage für die Landwirtschaft geschaffen werden. In Baden hat man sehr erhebliche Bedenken gegen die neuen Einheitswerte. Im Badischen Landtag hat der Fraktionsführer der Deutschen Volkspartei, Dr. Mattes, deshalb diese Steuerwerte überhaupt abgelehnt. Früher wurde in Baden jedes Grundstück besonders bewertet. Diese Grundlage ist zu roh für eine so hohe Steuerbelastung. Noch größer sind die Bedenken gegen die neue Gewerbesteuer. Gerade diese Steuer wird den Mittelstand empfindlich treffen. Jedenfalls ist in Baden die Staffelung nicht so sozial wie die bisherige. Bei der Besteuerung des Gewerbetreibenden werden natürlich die größeren Betriebe stärker erfasst als die kleineren. Durch die Einführung dieser Besteuerungsart durch stärkeren Übergang zur Ertragsbesteuerung werden die kleineren und mittleren Betriebe aufs äußerste gefährdet. Ein Bürgermeister machte mich darauf aufmerksam, daß der Ertrag auf dem Wege der Holdingsgesellschaft von dem Unternehmen überhaupt verschoben werden könne. Deshalb waren im Badischen Landtag alle Parteien der Auffassung, daß die Steuervereinfachung nicht so bleiben kann, wie es in der Vorberedung steht. Derselbe Auffassung hat man, wie ich gehört habe, nicht nur in Bayern und in Württemberg, sondern auch in anderen Teilen des Reichs.

Die ganze Wirtschaft braucht Ruhe auf dem Steuergebiet, besonders aber der Mittelstand. Darum bitte ich den Minister, die Stimme dieser Stände des Sidens zu hören und zu beachten. Eine Realsteuerentlastung ist notwendig. Aber die Betanzelung der Hauszinssteuer als Ersatz ist kaum der richtige Weg. Jedenfalls darf dieser Weg nicht auf die Dauer begangen werden. In Baden wird die Grundsteuer um 4 Prozent, die Gewerbesteuer um 8 Prozent gesenkt werden können. Einzelne Städte werden jedenfalls stärker festsetzen können. Aber niemand wird glauben, daß dadurch das Realsteuerproblem gelöst wird. Die Entlastung wird groß sein, wenn der einzelne statt 3 RM, 2,88 RM zahlen muß.
Außerdem soll jedoch die Hauszinssteuer grundsätzlich dem Wohnungsbau zugute kommen. Wenn sie für diesen Zweck nicht mehr nötig sein sollte, muß sie abgebaut werden. (Sehr richtig! im Zentrum.) Vom nächsten Jahre an muß der Hauszins 7,5 Prozent Hypothekenzinsen zahlen. Dafür muß doch ein Ausgleich geschaffen werden. Im Badischen Landtag haben alle Parteien, von rechts wie links, auch die Partei des Reichsfinanzministers, verlangt, daß die Hauszinssteuer nicht zur Senkung der Realsteuern benuzt wird, sondern selbst gesenkt werde.

Das Verfahren der Entschädigung der Tabakarbeiter aus Anlaß der Tabaksteuererhohung ist fehlerhaft. Es darf nicht ein Teil der Tabakarbeiter von der Unterstützung ausgeschlossen bleiben.
In der jetzigen Zeit sind weitere Steuererhöhungen unmöglich. Sie würden die Wirtschaft noch weiter hemmen. Dadurch ist unsere Stellung gegen die Steuerantrage von links von vornherein gegeben. Die Lantiensteuer würde eine schwere Erschütterung an der Würde mit sich bringen. Der Antrag auf erhöhte Besteuerung der Einkommen von 50 000 Reichsmark an würde zur Folge haben, daß bei 49 000-Mark-Einkommen die Steuer 22 Prozent, bei 50 000 Reichsmark aber gleich 43 Prozent betragen würde. Dann würde ein Mann mit einem Einkommen von 50 000 RM weniger haben, als ein Mann mit einem Einkommen von 49 000 RM. Vor allem muß in allen Verwaltungen größere Sparsamkeit geübt werden.

Reichstagsstauer um Hermann Müller

RD. Berlin, 21. März. (Tel.) Der Reichstag stand heute völlig unter dem erschatternden Eindruck des Todes von Hermann Müller. Die schwarzrotgoldenen Fahnen, die an jedem Sitzungstage gehigt werden, wehten halbmat. Die Mitglieder der Sozialdemokratischen Fraktion erschienen in dunklen, die Frauen zumeist in schwarzen Kleidern. In allen Ausschussungen gedachten die Vorredner des dahingegangenen Parteifuhrers und Staatsmannes. Die Sitzung des wichtigsten, des Haushaltsausschusses eröffnete der eben erst wieder genesene Vorsitzende, der sozialdemokratische Abgeordnete Heimann, mit einem Nachruf, den die zahlreich erschienenen Abgeordneten lebhaft anhörten. Auch viele Abgeordnete, die dem Ausschus nicht angehören, nahmen an der Sitzung teil. Um 11.30 Uhr versammelte sich die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu einer Trauerkundgebung, bei der der Parteivorstand eine Gebetsrede auf den toten Freund halten wird.
Die Reichstagsfraktion war auf 12 Uhr aberaunmt; sie wird vom Präsidenten Löbe mit einem Nachruf für das verstorbene Mitglied des Reichstags eröffnet. Ein Staatsbedarfnis ist, wie verlautet, nicht beabsichtigt, jedenfalls hat die Reichsregierung darüber noch keinen Beschluß gefaßt.

Letzte Nachrichten

Die geplante Zollunion mit Oesterreich

Die in Wien vereinbarten Richtlinien

M. Berlin, 21. März. (Priv.-Tel.). Zu den verschiedenen Meldungen über den bevorstehenden Abschluß einer Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich erfahren wir folgendes: Bei den deutsch-österreichischen Abmachungen handelt es sich nicht um ein Übereinkommen in fester Form, das den Parlamenten bereits vorgelegt werden kann, sondern um im Anschluß an den Besuch des Außenministers in Wien festgelegte Richtlinien, die von beiden Regierungen bereits gebilligt worden sind, mit dem Ziel, zu einer Union zu kommen.
Diese Richtlinien enthalten gleichzeitig die Einladung an Dritte, sich anzuschließen. Die Berliner und die Wiener Regierung werden schon in den nächsten Tagen die übrigen europäischen Kabinette offiziell davon benachrichtigen und ihnen die bisherigen Ergebnisse mitteilen. Die Zollunion, der wir aufzubreuen, unterscheidet sich wesentlich von den früheren Zollunionen in staatsrechtlicher Hinsicht. Die Richtlinien enthalten nicht eine Zollunion, wie z. B. die frühere Deutsch-Luxemburgische oder die jetzige zwischen Luxemburg und Belgien oder etwa wie den früheren deutschen Zollverein. Beide Zollverwaltungen bleiben selbständig. Die Zollgesetze und Zolltarife werden nicht von einem gemeinsamen Zollparlament nach altdemischem Muster, sondern von den beiderseitigen Volksvertretungen gebilligt angenommen. Dasselbe gilt auch für Abänderungen, die sich als notwendig erweisen sollten.
Man wird eine Umlaufzeit zunächst brauchen, um die Einzelheiten noch zu regeln. So macht es noch gewisse Schwierigkeiten, daß die Zollentnahmen zum Teil verpfundet sind, ferner die Monopole (Deutschland besitzt ein Branntwein-Monopol, Oesterreich ein Tabak-Monopol). Dazu kommt, daß die Viehsteuergesetze in beiden Ländern noch sehr verschiedenartig sind. Deshalb wird es wohl noch drei Monate dauern, ehe die Verträge fertig sind. Ob der Reichstag dann besonders einberufen wird, steht noch nicht fest. Nach der Vertragszeichnung aber brauchen die Zollverwaltungen Zeit zur Umstellung. Ferner müssen die einzelnen Berufsbeire sich anpassen können. Infolgedessen ist es ungewiß, ob es überhaupt noch in diesem Jahre zu einer Inkraftsetzung kommt. Auch muß man die Möglichkeit ins Auge fassen, daß bei einzelnen Warenkategorien — es sind aber nur sehr wenig — Übergangsbestimmungen verfaßt werden, damit sich diese Industriezweige, die sonst völlig zerstört werden würden, umstellen können.

Wie weit die Dinge mit den übrigen Staaten gediehen sind, ist noch nicht bekannt. Es macht aber den Eindruck, daß man mindestens im Südosten Europas bereit ist, die gesamte Handelspolitik abzugeben, so daß sich hier sehr rasch Anschlussmöglichkeiten bieten könnten. Erwähnt sei noch, daß der Vertrag auf 3 Jahre mit einjähriger Kündigung gelten soll, daß aber die Möglichkeit besteht, ihn vorzeitig zu kündigen, wenn wesentliche Lebensinteressen gefährdet werden.
Der Vorteil, der bald nach der Inkraftsetzung in die Erscheinungen treten muß, wird dann die Aufhebung der Zölle an den Grenzen beider Länder sein. Ebenso werden die Einfuhr- und Ausfuhrverbote fallen. Für strittige Fragen wird ein Schiedsausshus eingesetzt werden, über den aber noch keine Einzelheiten bestimmt sind.
Schwierig wird die Frage der Handelsverträge, die von beiden Staaten bisher getrennt abgeschlossen wurden. Vielleicht wird man versuchen, eine Übereinstimmung herbeizuführen, etwa in der Art, daß Oesterreich sich bereit erklärt, dritten Staaten gegenüber in ihre mit Deutschland geltenden Handelsverträge einzutreten. In Zukunft werden die Handelsverträge getrennt, aber in Übereinstimmung miteinander geatigt werden. Deutschland und Oesterreich behalten das Recht, diese Verträge selbständig abzuschließen, verpflichten sich aber dabei, jeder Staat die Interessen des anderen wahrzunehmen.

RD. Wien, 21. März. (Tel.). Die Blätter beschäftigen sich eingehend mit den zollpolitischen Vereinbarungen zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich und betonen durchweg, daß es sich bei den Abmachungen um ausschließlich handelspolitische Gesichtspunkte handle, und in den Verhandlungen keinerlei Spitze gegen einen anderen Staat zu erblicken sei. Die „Neue Freie Presse“ weist darauf hin, daß die beiden Staaten nichts anderes wollten, als mit dem Briandischen Plan eines Pan-europas den Anfang machen.

„Graf Zeppelin“ darf achypten überfliegen

RD. Kairo, 21. März. (Tel.) Bekanntlich hatte es Großbritannien vor drei Jahren abgelehnt, dem deutschen Luftschiff „Graf Zeppelin“ zu gestatten, über Ägypten zu fliegen. Dem Blatt „Al Mokattam“ zufolge, hat Großbritannien jetzt seine Einwände fallengelassen. Das Luftschiff wird am 15. April über den Suezkanal fliegen und, unterstützt von britischen Luftstreikraften, auf dem Flugplatz Almaza bei Kairo landen.
Graf Zerkow, der bisherige deutsche Gesandte in Wien, ist zum Gesandten in Brüssel ernannt worden.

* Zur politischen Lage

Zollunion mit Oesterreich

Die Politik der inneren Angleichung Oesterreichs an Deutschland hat einen weiteren, bedeutenden Fortschritt gemacht: ein Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und Deutsch-Oesterreich ist abgeschlossen worden, welches eine Art Zollunion zwischen beiden Ländern vorsieht. Das Abkommen berutigt die Verträge von Versailles und St. Germain, so daß sich für uns politische Weiterungen wohl nicht ergeben werden.
In Zukunft soll ein Zoll zwischen Oesterreich und uns grundsätzlich nicht mehr erhoben werden, mit Ausnahme gewisser deutscher Waren, für die Oesterreich noch für eine kurze Übergangszeit weiter Zollgebühren erheben darf. Bei allen Zollverhandlungen mit anderen Mächten werden dann, wenn Deutschland und Oesterreich gemeinsam daran interessiert sind, beide Mächte in enger Gemeinschaft vorgehen. Der Vertrag ist einstweilen auf 3 Jahre gebudt. (Einzelheiten bringen wir an anderer Stelle.)
Der politische Anschluß Oesterreichs an Deutschland ist bekanntlich durch das Machtgebot der Sieger unterlagert. Das ist auch eine der Bestimmungen der Friedensverträge, die baldigst revidiert werden muß. Bevor es soweit ist, können Deutschland und Deutsch-Oesterreich nichts anderes tun, als die herzlichen und freundschaftlichen Beziehungen aufs innigste zu pflegen und überall dort eine Übereinstimmung herbeizuführen, wo es die gemeinsamen Interessen gestatten oder gebieten, und wo ein Einspruch unserer früherer Gegner nicht zu erwarten ist. Auf dem Gebiete des Rechtswesens ist bereits eine weitgehende Angleichung erreicht. Jetzt geschieht daselbe auf handels- und zollpolitischem Gebiet.

Wir dürfen uns anfrichtig dieser Tatsache freuen, zumal in einer Zeit, die in Deutschland wirtschaftspolitisch durch ein Drängen nach Südosteuropa hin charakterisiert wird. Es ist selbstverständlich, daß wir im Bunde mit Deutsch-Oesterreich eine solche Exportpolitik viel besser und ausführlicher betreiben können. Oesterreich selbst aber empfangt wiederum dadurch neue Impulse, und auch sein eigenes Wirtschaftsleben wird durch die Zollunion mit Deutschland zweifellos gefördert werden.
Keine neuen Steuern!
Im Reichstag hat jetzt Reichsfinanzminister Dietrich von neuem die strikte Erklärung abgegeben, daß er alle Anträge auf neue Steuern oder auf Eingriffe in alte Steuern unbedingt ablehnen müsse, und daß er sich dabei in voller Übereinstimmung mit dem Reichskanzler befinde. Gerade im gegenwärtigen Augenblick würden neue Steuern besonders gefahrdlich sein. Und deshalb seien auch die vom Steuerausschus, d. h. von der sozialistischen Mehrheit dieses Ausschusses, gestellten Forderungen nach Erhöhung der Einkommensteuer und Lantiensteuer als unannehmbar zu bezeichnen.
Erfreulich war die weitere Bemerkung Dr. Dietrichs, daß, wenn auch der Eingang an Steuern und Zöllen noch viel schlechter gewesen sei, als man das im Dezember geschätzt habe, man doch über die Schwierigkeiten des Winters hinweggekommen sei, und auch ohne Schwierigkeit über den ersten April hinweggekommen werde. Was die Wirtschaftskrisis anlangt, so befinden wir uns auch nach Dietrichs Auffassung immer noch tief unten im Tal und wissen noch nicht, wann der Aufstieg zur Höhe wieder beginnen wird. Aber es ist ja klar, daß die Weltwirtschaftskrisis nicht ewig anhalten wird, und daß eine Besserung in absehbarer Zeit zu erwarten ist. Und, wenn wir selbst auf dem Gebiet unserer Wirtschaftspolitik weiterhin das Richtige tun, dann wird das Jahr 1932 wahrscheinlich den so sehnlich erhofften Aufschwung bringen.

Ein gutes Wort

Nichts kann das Vertrauen zu der Politik des Reichskanzlers Dr. Brüning besser unterstützen, als die Erkenntnis, daß der Reichskanzler wirklich die Fehler der Wirtschafts- und Sozialpolitik der letzten 12 Jahre reiflos durchschaut und bei keiner Gelegenheit zögert, diese Fehler öffentlich zu kennzeichnen und ihre Beseitigung zu fordern.
Auf der großen Handwerker-tagung in Berlin, mit der die Reichshandwerkswoche eröffnet wurde, hat Dr. Brüning sich vor allem der Wirtschaftspolitik unserer Kommunen zugewandt. Er hat größere Sparsamkeit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens verlangt und dabei

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 29. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

die Notwendigkeit einer solchen Sparbarkeit besonders für die Gemeindeausgaben betont. Man müsse so sparsam wirtschaften wie früher, zumal in solchen Gemeinden, in denen man sich in den vergangenen Jahren über die Wirklichkeit hinwegtäuscht habe.

Das Wichtigste an der Rede des Reichszuglers aber war, daß er sich in diesem Zusammenhang aufs schärfste gegen die Tatsache erklärt hat, daß die Städte mit ihren eigenen Betrieben, die vielfach ganz überflüssig sind, ausgerechnet denjenigen Kreisen der Unternehmerschaft und des Handwerks Konkurrenz machen, von deren Steuern sie leben und ihre städtischen Werke finanzieren. Eine solche Methode gehe schon an die Grenze dessen heran, was man noch als moralisch bezeichnen kann!

Diese Sätze sind begreiflicherweise mit stürmischem Beifall begrüßt worden. Und wir können das verstehen. Denn sie treffen wahrhaftig den Nagel auf den Kopf. Man braucht sich wirklich nicht zu wundern, daß die erwerbenden Schichten unseres Volkes allmählich in einen Zustand der Verzweiflung gerieten und sich von einer Wirtschaftspolitik nichts mehr versprachen, die von ihnen alles verlangte, ohne ihnen die Möglichkeit eines angemessenen Gewinnes zu geben.

Panzerkreuzer und Sozialdemokratie

Der Bau des Panzerkreuzers B ist gestern mit 180 gegen 71 Stimmen der Kommunisten und einzelner Sozialdemokraten bei 108 Stimmenthaltung der Sozialdemokraten bewilligt worden. Ein Mißtrauensvotum gegen den Reichswehrminister wurde sogar mit 295 gegen 62 Stimmen abgelehnt. Interessant ist ferner, daß auch ein kommunistischer Antrag auf Streichung des Hauptplanes der weiteren Ersatzkriegsschiffe für die Zeit bis 1936 mit 290 Stimmen gegen 62 Stimmen der Kommunisten abgelehnt wurde. Bei diesen Anträgen hat also die Sozialdemokratische Fraktion für das Reichswehrministerium gestimmt. Aber auch ihre Stimmenthaltung bei der Abstimmung über den Panzerkreuzer B war ja nach Lage der Dinge nichts anderes, als ein Eintreten für das Kabinett.

Auffallenderweise haben nun allerdings neun Mitglieder der Fraktion mit den Kommunisten gegen den Panzerkreuzer gestimmt. 24 Mitglieder der Fraktion waren der Abstimmung ferngeblieben, von denen aber ein Teil im Hause anwesend war. Der Fraktionsvorstand hat sich diese Disziplinlosigkeit nicht gefallen lassen und die neun Mitglieder, die entgegen der Fraktionsparole mit den Kommunisten stimmten, scharf verwahrt. Der Parteitag werde sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben.

Wenn angeht dieser Vorgänge in einzelnen Blättern bereits von einer Krise innerhalb der Sozialdemokratie gesprochen wird, kann man das wohl begreifen. Als nach den Reichstagswahlen die Sozialdemokratische Fraktion sich zu einer Unterstützung des Kabinetts Brüning entschloß, obwohl doch der ganze Wahlkampf der Sozialdemokratie gegen die Politik dieses Kabinetts gerichtet gewesen war, hat man sich von vornherein gesagt, daß die Durchführung einer solchen Politik auf mancherlei innere Schwierigkeiten stoßen werde, zumal die Kommunisten sicherlich alles tun würden, um der Sozialdemokratie Verlegenheiten zu bereiten. Genau so ist es gekommen. Und so hat sich bei allen Wahlen nach dem 14. September 1930 gezeigt, daß die Kommunisten auf Kosten der Sozialdemokratie zunehmen, daß also gewisse Bruchteile der sozialdemokratischen Wählerschaft davonlaufen oder zu Hause bleiben.

Nirgends jedoch steht geschrieben, daß eine solche Krise, wenn sie akute Formen annehmen sollte, zum Nachteil der Partei ausschlägt. Was die Sozialdemokratische Partei seit einigen Monaten tut, ist von ihrem Standpunkt aus völlig konsequent und durch die Furcht vor einem Siege der Rechtsparteien auch gut begründet. Andererseits ist es natürlich für eine jede große Partei, die bewußt auf die Anhängerschaft der Masse eingestellt ist, eine schwere Nervenprobe, nun die Abwanderung eines Teils ihrer Anhänger ruhig mit anzusehen.

Kurze Nachrichten

Scholtz verzieht auf den Berliner Oberbürgermeisterposten. Der Berliner Bürgermeister Scholtz hat dem Vorsitzenden der Fraktion der Deutschen Volkspartei, Stadtverordneten Schwarz, mitgeteilt, daß er nicht beabsichtige, für die Wahl des Oberbürgermeisters von Berlin zu kandidieren. Er hat demgemäß gebeten, von seiner Präsentation Abstand zu nehmen.

Oberbürgermeister Dr. Wiesner, Gültig †. In Gültig ist Oberbürgermeister Dr. Wiesner gestorben. Er stand im 47. Lebensjahr, war seit 1. Oktober 1919 Bürgermeister und seit 1. Oktober 1927 Oberbürgermeister der Stadt.

Das Anwachsen der Mischehen in Deutschland. Dem neuen kirchlichen Jahrbuch für 1931 zufolge ist die Zahl der Mischehen in bedeutendem Maße angewachsen. Im Jahre 1913 gab es 53 487 oder 10,42 Proz. Mischehen. 1928 traf es auf insgesamt 587 175 Eheschließungen 90 375 = 15,39 Proz. Mischehen. Die Zahl der evangelisch-katholischen Mischehen ist allein von 1927 auf 1928 auf rund 6000 gestiegen.

Das Scheitern der Genfer Wirtschaftsverhandlungen. Nach dem Scheitern der Genfer Wirtschaftsverhandlungen, wodurch das Inkrafttreten der Zollkonvention verhindert worden ist, ist man in Berliner politischen Kreisen der Ansicht, daß vor dem Herbst keinesfalls eine Wiederaufnahme von Verhandlungen über eine Zollkonvention zu denken ist.

Die französische Kammer vertagte am Donnerstag mit 321 gegen 256 Stimmen auf Antrag der Regierung die verschiedenen Interpellationen über den Fall Weingartner und die Affäre des Drehfus-Stüdes auf unbestimmte Zeit. Der Ministerpräsident hatte nicht die Vertrauensfrage gestellt.

Aus dem Reichstag

Die Abstimmungen am Freitag

Das wichtigste Ereignis der Reichstagsitzung am Freitag war die bereits gemeldete Annahme der ersten Bauakte für das Panzerschiff B.

Vor der Abstimmung verlas der sozialdemokratische Parteivorstand Abg. Wels eine Erklärung seiner Fraktion, in der ausgeführt wird, daß die Gründe, die die Sozialdemokraten zur Ablehnung des Panzerschiffes A veranlaßt hätten, auch heute noch für das Panzerschiff B fortbestehen und daß in der Ablehnung dieser Forderungen nicht eine Ablehnung des Prinzips der Landesverteidigung liege. Die letzten Reichstagswahlen hätten eine Mehrheit für die Marineerfabriken gebracht, der sich die Sozialdemokratie füge müsse, auch wenn durch den Auszug der äußersten Rechten im Augenblick diese Mehrheit in eine Minderheit verwandelt worden sei. Mit der Abstimmung gegen das Panzerschiff B würden die Sozialdemokraten den Bau nicht verhindern können, sondern nur die Regierung Brüning gestürzt und ein faschistisches Regime errichtet werde. Diesen Plan werde die Sozialdemokratie dadurch vereiteln, daß sie Stimmenthaltung übe.

Von den Kommunisten wurde diese Erklärung mit Lärm und „Nieder“-Rufen aufgenommen. Der kommunistische Abgeordnete Ulbricht wurde wegen fortwährender Störungen aus dem Saale gewiesen.

Mit der Stimmenthaltung der Sozialdemokraten war die Annahme der Marineerfabriken gesichert. Die erste Rate für das Panzerschiff B wurde mit 180 Stimmen gegen 71 bei 108 Stimmenthaltungen bewilligt.

Die Abstimmung brachte infolgedessen eine Sensation, als zum erstenmal neun Sozialdemokraten vom linken Flügel der Partei gegen die Bewilligung stimmten. Der sozialdemokratische Fraktionsvorstand hat sofort dazu Stellung genommen und in einer Erklärung betont, daß das Verhalten der neun Fraktionsmitglieder der bisher gültigen Disziplin widerspreche und daß der bevorstehende sozialdemokratische Parteitag sich damit beschäftigen werde. Die Sünden gegen die Parteidisziplin sind die Abgeordneten Kuhn, Ottinghaus, Forstner, Dr. Rosenfeld, Seydewitz, Dr. Siemsen, Ströbel, Ziegler und Graf-Leipzig.

Unter Ablehnung vieler kommunistischer Streichungsanträge und des kommunistischen Mißtrauensantrages gegen den Reichswehrminister wurde ferner, wie schon mitgeteilt, der Etat des Reichswehrministeriums in zweiter Beratung bewilligt.

Nachdem noch die früher zurückgestellten restlichen Kapitel des Ernährungsetats bewilligt waren, leitete Reichsfinanzminister Dietrich die zweite Beratung des Haushalts mit der mitgeteilten kurzen Rede ein, in der er sich gegen jede Steuererhöhung oder Einführung neuer Steuern und für eine energische Fortführung der Sparpolitik erklärte.

Mit Ausnahme des kommunistischen Redners betonten die Vertreter aller übrigen Parteien, die am Freitag zum Wort kamen, ihre Übereinstimmung mit der Erklärung des Ministers, daß Steuererhöhungen jetzt nicht in Frage kommen könnten. Von den meisten Rednern wurde ein schnelleres Tempo bei der Sanierung der Gemeindefinanzen und bei der Senkung der Realsteuern verlangt. Der Redner der Sozialdemokratischen Partei nimmt erst in der heutigen Samstagssitzung, die um 12 Uhr begann, das Wort.

Aus den Ländern

Auszug der Nationalsozialisten in Bremen

Die letzte Sitzung der bremischen Bürgerchaft mußte aufgehoben werden, als es zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten kam, die in Tätlichkeiten auszuarten drohten. In der Freitagssitzung sollten nun die Zwischenfälle durch verschiedene Erklärungen überbrückt werden. Der Nationalsozialist Brandt weigerte sich jedoch, seine Äußerung, die Sozialdemokratische Partei sei eine Landesverräterpartei, zurückzunehmen, obwohl der nationalsozialistische Bürgerchaftspräsident und der Fraktionsführer der Nationalsozialisten, der Reichstagsabgeordnete Diehle, sich mehrfach darum bemüht hatten. Daraufhin legte der Nationalsozialist Bernhard sein Amt als Präsident der bremischen Bürgerchaft nieder und verließ mit der Fraktion der Nationalsozialisten unter lebhaften Zurufen der Linken den Saal. Die Sitzung wurde daraufhin von dem Vizepräsidenten, dem Sozialdemokraten Osterloh, weitergeführt.

Der württembergische Staatsgerichtshof wies am Freitag die Klage der deutschen Nationalen Parteileitung wegen der Feststellung des Verlustes des Landtagsmandates des Kultusministers Dr. Bazille ab. Aus der Begründung ist hervorzuheben, daß das Gericht nicht eine Abspaltung von der deutschnationalen Partei, sondern eine Spaltung als vorliegend feststellte hat.

Provinz Westfalen ruft Reich und Staat um Hilfe an. Der Haushaltsausschuß des westfälischen Provinziallandtages nahm eine von der Zentrumsfraktion eingebrachte Entschließung an, in der der Ausschuß an das Reich und an das Land die dringende Bitte richtet, mit tunlichster Beschleunigung eine anteilmäßige Entlastung der Stadt- und Landkreise von den überhandnehmenden Erwerbslosenlasten herbeizuführen. Unverzügliche Hilfe des Reiches und des Landes Preußen sei unbedingt notwendig, um den drohenden Zusammenbruch der kommunalen Finanzen zu verhüten.

Strafverfahren gegen Hamburger Bürgerchaftsmitglieder. Die Justizprokurator Hamburg teilt mit, daß wegen der Verurteilung in der Bürgerchaftssitzung am Mittwoch von der Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren gegen die Beteiligten eingeleitet wurde.

75 Millionen Reichsmark Zwischkredit für Berlin. Ein unter Führung der Preussischen Staatsbank und der Reichskredit-Anstalt stehendes Bankensyndikat, dem auch amerikanische, englische, schweizerische und holländische Banken angehören, hat der Stadt Berlin einen Zwischkredit von 75 Millionen Reichsmark zu einem Zinssatz von 7,5 Prozent eingeräumt.

Italien und der deutsche Kolonialanspruch. Das von Mussolini begründete italienische Kolonialorgan „Oltremare“ veröffentlicht einen bemerkenswerten Aufsatz von Mario Pisci, in dem die Frage deutscher Kolonialansprüche behandelt wird. Es heißt darin u. a.: Die englische Debatte, die dazu dienen soll, die Einverleibung Tanganikas zu rechtfertigen, ist, ebenso wie die gleichlautende französische Erklärung, ausschließlich wirtschaftlicher Natur. Deutschland ist in vollstem Rechte, wenn es von einer Fälligkeit der Mandatspolitik spricht und keine Gelegenheit verläßt, um die Situation zu klären. Italien hat das größte Interesse an einer Revision der Verträge, weil der jetzige Stand der Dinge eine Ausbreitung seiner überschüssigen Bevölkerung zur Unmöglichkeit macht.

Hermann Müller †

Der frühere Reichszugler Hermann Müller ist Freitagabend 10.45 Uhr seinem Leiden erlegen.

Hermann Müller wurde am 18. Mai 1876 in Mannheim als Sohn eines Brauereibesetzers geboren. Nach Besuch der Gymnasien in Mannheim und Dresden ergriff er auf Wunsch seiner Eltern den Kaufmannsberuf, der ihn u. a. zu einem längeren Aufenthalt nach Paris führte. Im Jahre 1898 gab Hermann Müller, der sich bereits im Alter von 17 Jahren der Sozialdemokratischen Partei angeschlossen hatte, seinen Kaufmannsberuf auf und trat als Schriftleiter in die Redaktion der „Börsen Volkszeitung“ ein. Auf Veranlassung August Bebel's wurde Hermann Müller 1906 in den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei nach Berlin berufen. Er vertrat in den folgenden Jahren und bis nach Beendigung des Weltkrieges die deutsche Sozialdemokratie auf zahlreichen internationalen Kongressen. In den Reichstag kam er erst im Jahre 1916.

Nach der Revolution war er zunächst Mitglied des Volksrates, dann des Zentralrates. Im Jahre 1919 wurde er in die Weimarer Nationalversammlung gewählt und als Nachfolger Scheidemanns vom Weimarer Parteitag 1919 zusammen mit Wels zum Vorsitzenden der Partei bestimmt. Ebenfalls seit 1919 war er Führer der Reichstagsfraktion und seit 1920 Abgeordneter für Franken.

Nach dem Rücktritt Brodorski-Ranhaus wurde Hermann Müller im Juni 1919 Außenminister und hatte als solcher zusammen mit dem damaligen Reichsminister Dr. Bell für Deutschland den Versailler Friedensvertrag zu unterzeichnen. Als Nachfolger Bauers bildete er zum ersten Male als Reichszugler im März 1920 eine Regierung, die drei Monate später dem bürgerlichen Kabinett Brüning Platz machen mußte. Als die Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 der Sozialdemokratie einen starken Mandatszuwachs gebracht hatten und das Kabinett Marx zurücktreten war, wurde Hermann Müller wiederum mit der Kabinettsbildung betraut, die ihm nach langwierigen Verhandlungen schließlich auf der Grundlage der Großen Koalition ohne fraktionelle Bindung gelang.

In Hermann Müllers zweite Kanzlerschaft fielen zahlreiche für das Geschick des Deutschen Reiches bedeutsame Ereignisse. Anfang September 1928 begab sich der Reichszugler für den erkrankten Reichsaussenminister Dr. Stresemann nach Genf und vertrat dort mit Nachdruck Deutschlands Forderungen nach wirklicher Abrüstung. Seine Genfer Vereinbarungen mit den Reparationsgläubigern bildeten den Ausgangspunkt der Verhandlungen, die zum Youngplan und zur Weimarer Landräumung führten.

Im Sommer 1929 hatte der Reichszugler bereits unter einer schweren Attacke der Gallenerkrankung, die jetzt seinen Tod herbeigeführt hat, zu leiden. Die letzten Monate seiner Kanzlerschaft brachten die Neuorganisation des Außenministeriums, den Kampf um das Volksbegehren, die Annahme des Youngplans und der Rentenverträge, und schließlich den Rücktritt des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht. Das Kabinett stürzte, wie noch in allgemeiner Erinnerung, im März 1930 über den parlamentarischen Schwierigkeiten, die durch die Rentenversicherungsreform entstanden waren.

Der Reichspräsident zum Tode Hermann Müllers

Der Reichspräsident hat an die Witwe des Reichszuglers a. D. Hermann Müller ein Handschreiben gerichtet, in dem er sein herzliches Beileid ausspricht. Er werde dem Verstorbenen, dessen lauterer Wille und dessen treffliche Charaktereigenschaften er hoch geschätzt und dessen Mitarbeit zur Überwindung der politischen Gegensätze er stets gewürdigt habe, ein treues Gedächtnis bewahren.

Nachrufe der Presse

MAZ, Berlin, 21. März. (Priv.-Tel.) Fast alle Berliner Blätter würdigen die Persönlichkeit Hermann Müllers.

Der „Vorwärts“ nennt den Verstorbenen einen Fanatiker der Sachlichkeit und den vorzüglichsten und gewissenhaftesten aller Parteiführer. Das „Berliner Tageblatt“ spricht von einer Persönlichkeit mit starken menschlichen Qualitäten und einem Manne, der die Stunde aus der Religion des Parteipolitischen ins Staatsmännliche wachsend ließ. Der Name Hermann Müller bleibe für alle Zeit mit der Geschichte des Kampfes um die Weiterexistenz und die Zukunft des deutschen Volkes verbunden. Auch die „Germania“ weist darauf hin, daß die Nachricht vom Tode Hermann Müllers in allen politischen Kreisen aufrichtigem Bedauern begegnet wird. Der Verstorbenen sei in der Zeit der schwierigsten Regierungsarbeit immer ein loyaler Führer gewesen, der ebenso gegenüber seiner eigenen Partei wie gegenüber den anderen Regierungsparteien um die sachliche Lösung sachlicher Aufgaben bemüht gewesen sei. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ betont, daß von diesem sozialdemokratischen Führer stets Bande zu allen bürgerlichen Parteien ausgingen, weil er in schwereren Augenblicken Liebe zum Vaterland, aufrechten Nationalstolz nicht verleugnete. Die „Börsezeitung“ bezeichnet den Verstorbenen als ohne Zweifel zu den hervorragenden Persönlichkeiten der Sozialdemokratie gehörig.

WAZ, London, 21. März. (Tel.). Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ widmet dem verstorbenen ehemaligen Reichszugler Müller einen in warmen Worten abgefaßten Nachruf, worin er „Architekt“ des neuen Deutschland genannt wird.

Auch in Riga! In der Hauptstadt Lettlands gab es im Rigaer Volkshaus, als der Führer der Auslandsdelegation der russischen Sozialdemokraten, Dan, eine Rede über den Moskauer Menschenrechtsprozeß hielt, wüste Begeisterung von den anwesenden Kommunisten. Sie warfen Kanonenschläge und griffen schließlich sogar zu Messern. Der Veteran der lettischen sozialdemokratischen Bewegung, Witweil, erhielt eine Kopfwunde. Die Polizei nahm 17 Personen fest, darunter fünf Frauen.

Ein Anschlag auf die deutsche Gesandtschaft in Prag. Gegen das Gebäude der deutschen Gesandtschaft in Prag wurde am Donnerstagabend ein Angriff von Demonstranten unternommen, die einige Fensterscheiben einschlugen. Unter den Wurfgeschossen fand man ein Bleistift mit den eingravierten Worten: „Fort mit der faschistischen Diktatur in Deutschland!“ — Das Außenministerium sprach dem deutschen Geschäftsträger sein Bedauern über den Anschlag aus. Der Anschlag dürfte übrigens nur von wenigen Personen ausgeführt sein.

In Breslau wurde der praktische Arzt Dr. Wiesner unter dem dringenden Verdacht verhaftet, das Reich und die Allg. Ortskrankenkasse durch betrügerische Handlungen um mindestens 8-10 000 RM. geschädigt zu haben.

Die Frau des Tischlers Rastke wurde Samstag früh in ihrer Wohnung im Berliner Stadtteil Friedenau erschoßen aufgefunden. Die Anzeige wurde von ihrem Ehemann erstattet, der durch sein verstorbenes Wesen auffiel und deshalb bis zur Klärung des Vorfalles durch die Mordkommission in Gewahrsam genommen wurde.

Badischer Teil

Badische Landwirtschaftskammer

Die 38. Vollversammlung

Im Plenarsitzungsraum des Landtags in Karlsruhe trat Freitag nachmittag unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Graf Douglas die 38. Vollversammlung der Badischen Landwirtschaftskammer zusammen. Als Vertreter der Regierung ist Ministerialrat Dr. Jung erschienen.

Nachdem der Rechnungsführung Entlastung erteilt worden war, erläuterte der geschäftsführende Direktor, von Engelberg, den Voranschlag für 1931 und 1932, der in Einnahmen und Ausgaben mit 1 824 400 M abschließt. Die Umlage hat gegenüber dem Vorjahr eine Senkung von 60 auf 58 Pf. erfahren. In der Aussprache begrüßte Oberbürgermeister Lehmann, Balingen, die Erhöhung der Position zur Förderung der Forstwirtschaft um 5000 auf 47 000 M. Er wies auf die katastrophale Lage der Waldwirtschaft hin und sprach die Hoffnung aus, daß die vorgesehenen Maßnahmen baldigt Besserung bringen. Sonst wäre es mit dem deutschen Walde Schluß. Der Redner dankt besonders dem Kammermitglied Duffner, der sich in seiner Eigenschaft als Abgeordneter so tatkräftig für den Wald eingesetzt habe.

Der Voranschlag wurde einstimmig genehmigt und der Vorstand ermächtigt, neue Anleihen bis zum Höchstbetrage von 200 000 M aufzunehmen. Die Vollversammlung gab ferner ihre Zustimmung zum An- und Verkauf von Grundstücken im Gesamtwerte von 200 000 M.

Präsident Keibel vom Genossenschaftsverband berichtete über den Vertrag mit dem Landesverband der Vereine ehemaliger Landwirtschaftsschüler in Baden, der eine enge Zusammenarbeit auf dem Gebiete der technischen Förderung der Landwirtschaft bezweckt. Der Redner ging auch auf die schwierigen Verhandlungen mit dem Badischen Landwirtschaftlichen Verein ein, die im Interesse der Nationalisierung geführt worden sind. — Güterdirektor Schönenberger von Mundenhof bei Freiburg verteidigte den Standpunkt des Bad. Landwirtschaftlichen Vereins. Dieser habe es an Entgegenkommen nicht fehlen lassen. Was der Genossenschaftsverband für die Aufgabe der Warenvermittlung geboten habe, sei keine angemessene Entschädigung. Der Vertreter des Landwirtschaftlichen Vereins lehnte den Vertrag ab, da er ein Unrecht darstelle.

Präsident Schill (Bauernverein) betonte, daß die Not der Landwirtschaft die Einigung auch der technischen Organisation verlange. — Präsident Keibel trat der Auffassung des Mitgliedes Schönenberger entgegen, daß in der Zentralgenossenschaft Politik getrieben werde. Man arbeite in Eintracht und Frieden zum Segen der badischen Landwirtschaft (Beifall). Dem Vertrag wurde dann mit großer Mehrheit zugestimmt.

Ministerialrat Dr. Jung erklärte hierauf, im Auftrag des Staatspräsidenten und Innenministers, daß der eben beschlossene Vertrag so lange nicht genehmigt werde, als die zwischen dem Landesverband ehemaliger Landwirtschaftsschüler und dem Badischen Landwirtschaftlichen Verein schwebenden Verhandlungen auf Vereinigung beider Organisationen zum Abschluß gebracht sind. — Präsident Dr. Graf Douglas knüpfte daran die Erklärung, daß man nunmehr zugunsten müßte, bis sich eine neue Lage ergebe.

Direktor Dr. Schwärzer (Bauernverein) führt aus, die Stellungnahme des Ministers sei nur verständlich unter der Voraussetzung, daß er die Verhandlungsstatistik des Badischen Landwirtschaftlichen Vereins nicht kenne. Man sei heute in dem Eindruck gestärkt worden, daß der Landwirtschaftliche Verein die Einigung nicht wünscht. Mitglied Schönenberger erwidert dem Vorredner, daß es dem Verein am Einigungswillen nicht fehle. In der weiteren Aussprache wurde noch der Einigung mit dem Landwirtschaftlichen Verein das Wort gesprochen. — Direktor von Engelberg stellte fest, daß der Minister des Innern nachdrücklich eine Einigung der gesamten Landwirtschaft wünsche. — Damit war die Aussprache über diesen Gegenstand geschlossen.

Nach Genehmigung von Satzungsänderungen wurde die Sitzung um 1.28 Uhr abends geschlossen.

Die Verhandlungen wurden heute, Samstag, vormittag um 6 Uhr fortgesetzt. Im Vordergrund standen zunächst die aktuellen Wirtschaftsrfragen.

Präsident Schill (Bauernverein) berichtete über das Agrarprogramm der Reichsregierung. Nach kurzer Aussprache, in der man sich für eine möglichst rasche Durchführung der vorgesehenen Maßnahmen aussprach, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die Vollversammlung der Badischen Landwirtschaftskammer hat mit Befriedigung von der Agrarvorlage des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Kenntnis genommen. Sie sieht in dieser Agrarvorlage einen bedeutenden Schritt zur Förderung der bäuerlichen Selbstproduktion, wenn die darin gewährten Ermäßigungen ausgenutzt und die vorgesehenen Maßnahmen durchgeführt werden. Die Vollversammlung bittet daher die badische Staatsregierung, sich in diesem Sinne bei der Reichsregierung einzusetzen zu wollen; sie bittet weiter, dafür besorgt zu sein, daß nicht diese Arbeit nunmehr durch außerpolitische Maßnahmen, wie Zollfriedensabkommen, Eingehen neuer handelspolitischer Bindungen u. dgl. mehr, gestört werde. Sie bittet vielmehr, darauf zu dringen, daß unverzüglich Verhandlungen mit denjenigen Ländern aufgenommen werden, deren Handelsverträge mit Deutschland in erster Linie dem Schutze zahlreicher Produkte der bäuerlichen Landwirtschaft und der Forstwirtschaft entgegenstehen.

Der geschäftsführende Direktor, Dr. von Engelberg, referierte über die Kontingenzierung des Zuckerrübenanbaues. Diese beruhe die große Gefahr in sich, daß der natürlichen Entwicklung nicht Rechnung getragen werde. In den jetzt bekanntgewordenen Kontingenzierungsplänen sei die bäuerliche Zuckerrübenproduktion, insbesondere die badische, nachteilig behandelt worden. Nun hätten die süddeutschen Landwirtschaftskammern in Besprechungen mit den Länderregierungen und mit einer Aussprache mit dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft erreicht, daß die Kontingenzierungspläne statt alle vier Jahre in jedem Jahre festgesetzt werden.

Es wurde einstimmig eine Entschließung zugestimmt, die vor allem eine alljährliche Neuzeitigung der Zuckerrübenanbaukontingenz fordert und sich dafür ausspricht, daß diejenigen Mindererzeugnisse, die während des Einbezuges der Vorkriegsjahre bei der Festsetzung des deutschen Gesamtkontingents alljährlich mehr produziert werden darf (etwa 800 000 Zentner), den bäuerlichen Rübenbaugebieten in Süddeutschland, dem Rheinlande und Schlesien zugewiesen wird. Schließlich wäre darauf zu dringen, daß auch für die Unterabteilung in den einzelnen Rübenbaugebieten die gleichen Grundsätze angewendet werden, damit nicht Hunderte von Rübenpflanzern der Jahre 1929 und 1930 künftighin vom Zuckerrübenbau ausgeschlossen werden.

Die Vollversammlung nahm sodann nach empfehlenden Worten des Berichterstatters, Guber, Röcherberg, einstimmig eine Entschließung zum Entwurf eines Feldvereinigungsgesetzes an. Diefelbe wurde in der Interesse der Kostenentlastung geprüft. Es wird aber nach wie vor der Standpunkt vertreten, daß die Zusammenlegung oder Umlegung der Grund-

stücke mit dem Ziele, den einzelnen Landwirten einen möglichst geschlossenen Komplex zur Bewirtschaftung zuzuwenden, die erste Aufgabe der Feldvereinerung darstelle. Dieser Forderung trage der Entwurf leider keine Rechnung.

Badischer Landtag Die nächste Vollziehung

Die nächste (30.) Sitzung des Badischen Landtags findet am kommenden Mittwoch, den 25. März, nachmittags 4 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung stehen zunächst verschiedene Eingaben, wie die des badischen Maler- und Tischlermeisterverbandes.

Dann folgt die Erledigung der kommunalistischen Interpellation betr. die Ausweisung des in der Schweiz wohnhaften ehemaligen Pfarrers Krenn als Referent des deutschen Freidenkerverbandes aus Baden. Den Hauptpunkt der Tagesordnung wird der Gesetzentwurf über die Maßnahmen zur Behebung der Junglehrennot bilden, womit auch die Beratung über den volksparteilichen Antrag betr. Schließung der Lehrerbildungsanstalten verbunden werden soll, ebenso der kommunalistische Antrag betr. die Junglehrennot und die Interpellation der Nationalsozialisten zum gleichen Gegenstand.

Schließlich steht der Gesetzentwurf über die Feldvereinerung auf der Tagesordnung, und damit auch die Denkschrift des Ministers des Innern über die landwirtschaftlichen Bodenbesitzverhältnisse in Baden.

Rundgebung der Bischöfe der oberrheinischen Kirchenprovinz

Auch die Bischöfe der oberrheinischen Kirchenprovinz haben, dem Beispiel der anderen deutschen Bischöfe folgend, eine Rundgebung erlassen, in der zu den großen dringenden Gegenwartsfragen Stellung genommen wird.

Die Rundgebung der oberrheinischen Bischöfe wendet sich eingangs gegen den scharfen Parteistreit und die rückwärtslose Bekämpfung und Mißhandlung Andersdenkender. An die Diözesanen ergeht die dringende Bitte, auch in der Jetztzeit die Pflichten gegen Volk und Staat gewissenhaft zu beachten. Die Rundgebung beschäftigt sich sodann mit der Frage der Freidenkerbewegung und setzt sich sodann mit dem Nationalsozialismus auseinander, insbesondere mit dessen kulturpolitischen Zielen. Sie nimmt darin dieselbe Stellung ein, wie sie durch die Rundgebung anderer deutscher Kirchenfürsten bekanntgemacht ist. Eine deutsche nationale Kirche, wie sie die Nationalsozialisten predigen, wird entschieden abgelehnt. Am Schluß der Rundgebung ergeht die herzliche Bitte an die führenden Persönlichkeiten von Industrie, Handel und Politik, auch an die Kreise der Arbeiter und Angestellten, alle mitzuwirken, um der gegenwärtigen Not endlich wirksam zu steuern.

Die Rundgebung ist unterzeichnet von Erzbischof Dr. Carl, Freiburg, Bischof Ludwig Maria, Mainz, Bischof Johann Baptist Sproll, Rottenburg.

Ausführungsbestimmungen zum Lebensmittelgesetz

Das Reichsgesundheitsamt hat in Ausführung des Lebensmittelgesetzes vom 5. Juli 1927 Entwürfe zu den Verordnungen über Obstkonfitüren und Marmeladen, Pflaumenmus, Obstjelly und Obstjulee, Obstgelee und Obstsaft aufgestellt und durch den Verlag Julius Springer in Berlin der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Der Gemeinderat Oberbach (Baden) beschäftigte sich eingehend mit dem Antrag der Gemeinderäte der Bürgervereinerung, die Gehaltsbezüge der Beamten und Angestellten der Stadterhaltung und der Sparkasse einer genauen Nachprüfung zu unterziehen und eine Liste sämtlicher Gehälter einschließlich der Nebenbezüge und Aufwendungen für die Fürsorgekasse vorzulegen. Dabei sollen zunächst die Mieten, welche von den in städtischen Anwesen wohnenden Beamten und Angestellten der Stadt gezahlt werden, nachgeprüft und tunlichst der Höhe des Wohnungsgeldes angeglichen werden. In diesem Zusammenhang wurde das Gesuch des Verbandes der Gemeindebeamten über die Verbesseerung der Befoldung der Polizeibeamten abgelehnt.

Der Frankfurter Haushaltsplan genehmigt. Die Stadtverordnetenversammlung Frankfurt a. M. hat den Frankfurter Haushaltsplan für das Jahr 1931/32 genehmigt. Er schließt im Ordinarium mit 160 724 M in Einnahmen und Ausgaben ab. Zur Deckung des Zuschußbedarfs wurden 205 Proz. Grundvermögensteuer, 550 Proz. Gewerbevertragssteuer und 1500 Proz. Gewerbevertragssteuer, sowie die doppelte Biersteuer und ein Zuschlag von 50 Proz. zu den Landesgaben der Bürgersteuer erhoben.

Aus der Landeshauptstadt

Erinnerungsarten an den Abstinenztag in Oberfriesen. Vom 21. März an werden durch die Postanstalten vorübergehend besondere Postkarten zur 10. Wiederkehr des Abstinenztages in Oberfriesen vertrieben. Auf dem linken Teil der Vorderseite der gewöhnlichen Postkarte zu 8 Pf. befindet sich das oberfriesische Wappen in farbiger Ausführung mit einer Gedenkumschrift.

Im Rahmen der Reichshandelswoche veranstalteten die Malermeistervereinerung e. V., Karlsruhe, und der Verband der Malermeister im Benehmen mit dem Reichsausschuß für Sachwertverteilung, Bezirk Karlsruhe, einen Werbenzug durch die Straßen der Stadt. St. Lukas, der Schutzheilige der Malergilde, thronte inmitten seiner sechs Grundfarben und erschlehte den Segen des Himmels und das Einsehen des Volkes für seinen Handwerkszweig, das Malergewerbe. Ihm folgten in farbig geschmückter gehaltener Zusammenfassung die Vertreter des verschiedenen Gewerbes, um dafür zu werben, daß die dargestellte Farbenfröhlichkeit Einzug halte überall dort, wo graue und schmutzige Eintönigkeit herrscht.

Badisches Landestheater. In den am Sonntag, dem 22. März, in Szene gehenden drei Opern-Einakter von Puccini, von denen „Der Mantel“ und „Schwester Angelica“ als Erstausführungen dem neuerrichteten „Gianni Schicchi“ botangehen, sind die Hauptpartien wie folgt vertretet: Im „Mantel“ durch die Damen Jang, Gabertorn und die Herren Fischbach, Kiefer, Dr. Rang, Löfer und Derner; in „Schwester Angelica“ durch die Damen Jang, Jang, Gabertorn und Winter, in „Gianni Schicchi“ durch die Damen Jang, Gabertorn, Seiberlich, Winter und die Herren Jospach, Kallbach, Kiefer, Löfer, Schoepflin und Schuster. — Die Spielleitung hat Viktor Krusch, die musikalische Führung Rudolf Schwarz. — Die Bühnenbilder stellte Torsten Fegit, die kostümierte Ausstattung Margarete Schellenberg. — Der am gleichen Tage im Konzertsaal aufgeführte Operetten-Schwanz „Meine Frau, das Fräulein“ von Hans G. Kerlett, Musik von Hermann Weitten, kommt unter der Spielleitung von Fritz Herz durch die Damen Jant, Rühoff und Mademacher und die Herren Brand, Höder, Jusi, Kloebe, Müller, Neuner und Krüger zur Darstellung. — Joseph Reilberth hat die musikalische Leitung.

Colosseumtheater. Auf die täglich 8 Uhr abends stattfindende Vorstellung der großen Pariser Originalrevue „Le Chic de Paris“ wird hingewiesen. Am morgigen Sonntag finden zwei Vorstellungen statt, und zwar nachmittags 3 1/2 Uhr die beliebte Fremdenvorstellung sowie abends 8 Uhr die übliche Abendvorstellung. Mit Recht bildet die Revue Le Chic de Paris das Tagesgespräch von Karlsruhe. Trotz der großen Entlohnungen sind die Eintrittspreise nicht erhöht, um jedermann Gelegenheit zu geben, diese Pariser Revue zu bewundern. Ferner macht die Direktion darauf aufmerksam, daß ab heute Abend bei der Revue ein deutscher Conférencier mitwirkt, welcher dem Publikum die einzelnen Bilder sowie deren Inhalt in deutscher Sprache ansagt.

Bericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Über Südfrankreich hat sich eine neue Nordstörung der nordatlantischen Zykone entwickelt, die uns heute Bevölkerungszunahme bringt. Mit der Störung bringt gleichzeitig warme Luft vom Mittelmeer nach Norden, so daß auch die Möglichkeit leichter Niederschläge vorübergehend vorhanden ist. Im allgemeinen wird das Wetter zwar teilweise wolkig, aber vorwiegend trocken bleiben. Voraussage: Leicht bewölkt, aber noch keine nennenswerten Niederschläge, milde bei südwestlichen Winden.

Wasserstände: Balzshut 288 plus 18, Bazel 104 plus 20, Schutterinsel 167 plus 22, Rehl 310 plus 15, Maxau 485 plus 11, Mannheim 392 plus 15, Gaub über 200 Zentimeter.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	21. März		20. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.02	168.36	168.00	168.43
Kopenhagen 100 Kr.	112.14	112.36	112.13	112.35
Italien 100 L.	21.965	22.005	21.96	22.00
London 100 £.	20.371	20.411	20.37	20.41
New-York 1 D.	4.1940	4.2020	4.1920	4.2000
Paris 100 Fr.	16.399	16.439	16.398	16.438
Schweiz 100 Fr.	80.655	80.815	80.655	80.815
Wien 100 Schilling	58.945	59.065	58.945	59.065
Prag 100 Kr.	12.426	12.440	12.426	12.446

Aus dem Bericht der Handelskammer Mannheim

Der Jahresbericht der Handelskammer Mannheim für 1930 sagt in seiner Einleitung u. a.:

Mannheims wie des Kammerbezirks Handel und Industrie sind außerordentlich vielfältig, die Beziehungen zum In- und Ausland überaus mannigfaltig und weitreichend. Am so erstaunlicher und betrübender ist die Feststellung, daß der Geschäftsumfang und Ertrag fast ausnahmslos stark zurückgegangen, das Geschäftsergebnis mit nur wenigen Ausnahmen als im höchsten Grade unbefriedigend, im traffen Maße verhältnismäßig zur aufgewandten Mühe, Sorgen und Mühsal hand bezeichnend wird.

Daß diese Schilderung der tatsächlichen Verhältnisse leider nicht übertrieben, sondern der Wahrheit entsprechend ist, beweisen die offiziellen Zahlen, die uns zur Verfügung stehen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Handelskammerbezirk Mannheim betrug Mitte Dezember 1930 19 911 gegen 14 775 im Vorjahre, gleich einer Zunahme von 35 Proz. Wie außerordentlich schlecht die Lage gerade in unserem Bezirk ist, beweist die Tatsache, daß hier auf 1000 Einwohner 56,5 Hauptunterstützungsempfänger kommen, gegen 30,8 im badischen, 22,1 im württembergischen, 43,9 im pfälzischen und 40,9 im gesamten Reichsdurchschnitt. Mannheim steht somit prozentual bei weitem an der Spitze. Diese bedenkliche Lage wurde erst in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres erreicht. Mit der Zahl der Arbeitslosen, die bis Mitte Februar 1931 auf die ungeheuerliche Höhe von über 37 000 stieg, ist aber der ganze Ernst der Lage noch keineswegs genügend gekennzeichnet. Denn auch die noch in Arbeit stehenden Arbeiter haben keinen vollen Verdienst, bei weitem die meisten Werke waren gezwungen, Kurzarbeit einzuführen. Daß bei solchen Zuständen die Anlagen nur teilweise ausgenutzt werden können, daß der Umsatz stark rückläufig, der Gewinn, sofern ein solcher überhaupt noch vorhanden, wesentlich geringer als im Vorjahre und durchaus unzulänglich ist, bedarf keiner Erörterung.

Die Klagen über die schlechte Geschäftslage sind allgemein und gleich beweglich in Industrie, Groß- und Einzelhandel. Der Niedgang des Mannheimer Geschäftslebens kommt in allen veröffentlichten Zahlen, im Hafens, Bahn- und Postverkehr, im Umsatz der Reichsbank, im Fleischverbrauch, im Bierabsatz, kurz, in jeder Branche, im öffentlichen und privaten Geschäftsverkehr zum Ausdruck.

Die Maßnahmen der Regierung Brünning beweisen, daß sie sich ihrer Verantwortung bewußt ist, daß sie mit zäher Energie sich müht, die schweren Fehler, die seit der Inflation von allen Regierungen, aber auch von Ländern und Gemeinden gemacht worden sind und von denen auch wir Arbeitgeber uns nicht freisprechen können, nach Maßgabe des Möglichen Schritt für Schritt wieder gut zu machen. Zu den wenigen günstigen Momenten gehören die Handelsbilanz und die Entwicklung des deutschen Außenhandels. Freilich ist die starke Wertverminderung der deutschen Ausfuhr bedenklich, denn sie zeigt, daß man vielfach die Ausfuhr forcieren mußte, um überhaupt verkaufen zu können. Die Steigerung unserer Ausfuhr ist mit Rücksicht auf unsere Arbeitslosigkeit ein unbedingtes Erfordernis, und auch die Befürchtung, daß wir durch ihre Forcierung Unruhe auf die Märkte der Welt tragen, darf und kann uns nicht davon abhalten, den Weg zu gehen, der uns angesichts unserer Gesamtlage vorgezeichnet ist. Unter diesem Gesichtspunkte sind auch die neuerlich erhobenen Forderungen der Landwirtschaft, ihre ganze Veredelungsproduktion unter stark erhöhten Zollschutzes zu stellen, sehr gefährlich, weil ihre Erfüllung geeignet ist, unsere besten Ackermer, Holland, Dänemark und die skandinavischen Länder, gegen uns und die Abnahme unserer Industrienergebnisse einzunehmen.

Maschinenfabrik Gröner A.-G., Durlach. In der Aufsichtsratsitzung wurde die Bilanz für 1930 vorgelegt. Nach den üblichen Abschreibungen ergibt sich unter Berücksichtigung des Vortrages aus dem Vorjahr ein Gewinnvortrag von 13 442,21 Reichsmark auf neue Rechnung. Die Generalversammlung wird auf 14. April 1931 einberufen werden.

Die Redariffahrt G. m. b. H., Seilbrunn, wurde in diesen Tagen gegründet. Sie wird an Stelle der früheren Redariffahrt AG. weiterhin die Personen- und Güterfahrten zwischen Seilbrunn-Seibelsberg-Mannheim ausführen. Für die Erhaltung der Personen- und Güterfahrten setzte sich der Handelsverein Seilbrunn e. V. in Seilbrunn ein, der an der Gesellschaft maßgebend beteiligt ist. Die Fahrpreise der Personalfahrten werden gegenüber den früheren Jahren ermäßigt. Die Güterfahrten sind regelmäßig im Gang mit wöchentlichen Abfahrten. Die fahrplanmäßigen Personalfahrten beginnen am Sonntag, den 3. Mai.

Kurze Nachrichten aus Baden

DB. Mannheim, 21. März. Ein eigenartiger Schiffstransport konnte auf dem Neckar beobachtet werden. Von Heidelberg kommend, passierten zwei Wohnschiffe Mannheim, um die Reise dann rheinaufwärts nach Rehl fortzusetzen. Es handelt sich um zwei Wohnschiffe, die im Auftrage des Deutschen Reichs und der Schweiz auf einer Eberbacher Werft erbaut wurden, um bei der Rheinregulierung Verwendung zu finden. Die Schiffe sind mit praktischen Rüden und Schiffsälen, sowie wohnlich eingerichteten Aufenthaltsräumen eingerichtet. Von Mannheim aus wurden die Wohnschiffe von einem Motorboot nach Rehl geschleppt, wo die Abnahme durch die Rheininspektion erfolgen wird.

DB. Muzingen (Amt Bruchsal), 20. März. Wohl der älteste und rüftigste badische Leibgrenadier ist unser Altpolizeidiener Schmitz mit seinen 83 Jahren. Bis in seine 80er Jahre hat er seinen Dienst hier als Polizeidiener versehen. In den Jahren von 1859 bis 1881 diente er beim Leibgrenadierregiment und hat den Feldzug 1866 mitgemacht.

WVB. Freiburg, 20. März. Der zu fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilte frühere Bankier Karl Kerling hat das gegen ihn gefällte Urteil angenommen und somit auf eine Revision verzichtet. Nachdem der zur gleichen

Estrafe verurteilte frühere Bankier Otto Bürke, wie bereits gemeldet, Berufung eingelegt hat, hat nunmehr auch der Erste Staatsanwalt im Falle Bürke Revision angemeldet.

Staatsanzeiger

Von den Prüflingen, die sich der Assistentenprüfung 1931 am 16. und 17. März l. J. unterzogen haben, werden für bestanden erklärt:

- 1. Heinrich Frieda, 2. Reht Rätchen.

Karlsruhe, den 20. März 1931.
Der Minister der Finanzen:
J. B.: Sammet.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Justizministeriums

Verlegt:
Hausmeister Jakob Penke bei der Staatsanwaltschaft Pforzheim zum Notariat daselbst.
Gestorben:
Landgerichtsrat Gustav Schaefer in Konstanz.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 24. bis 29. März 1931.

Im Landestheater:
Dienstag, 24. März. * B 19. Th.-Gem. II. S.-Gr. Die Liebesprobe. Von Mozart. Hierauf: Josephslegende. Von Richard Strauß. 20 bis gegen 22 (6.—).
Mittwoch, 25. März. Sondervorstellung für die Volkshöhle. Donnerstag, 26. März. * D 22 (Donnerstagsmiete). Th.-Gem. 501—600. Der Mantel. Hierauf: Schwester Angelica. Hierauf: Gianni Schicchi. Von Puccini. 19—22 (7.—).
Freitag, 27. März. * F 20. Th.-Gem. 401—500 und 1501 bis 1550. Der Rosenkavalier. Von Richard Strauß. 19.30 bis gegen 21 (7.—).
Samstag, 28. März. * C 19. Th.-Gem. III. S.-Gr. 1. Gäfte. Zum erstenmal: Das Reich Gottes in Böhmen. Tragödie von Franz Werfel. 19.30—22.45 (5.—).
Sonntag, 29. März. * G 19. Th.-Gem. 701—800. Tiesland. Oper von b'Albert. 19.30—22 (8.—).
Im Städtischen Konzerthaus:
Sonntag, 29. März. Keine Vorstellung.
Sonntagsvorstellung:
Ostersonntag, 5. April. Außer Miete: „Parfifal“.
Osterrmontag, 6. April. Außer Miete: „Parfifal“.

GROSSER OSTER-VERKAUF

Sie finden in sämtlichen Abteilungen alles, was Sie zum Osterfest an Bekleidungs- u. Geschenkartikeln brauchen zu den kleinsten Preisen

Beginn: Samstag, den 21. März

KNOPF

KARLSRUHE

Freisfarrenmarkt

Am Mittwoch, dem 15. April 1931, findet in Donau-Echingen auf dem Viehmarktplatz der

Frühjahrsfreisfarrenmarkt

für oberbadisches Flechtvieh statt. Der Markt wird stets mit einer großen Anzahl guter Farren besetzt und bietet eine gute Einkaufsgelegenheit von allerbesten, markierten, im Zuchtgenossenschaftsbuch eingetragenen, mit weitgehendstem Abstammungsnachweis versehenen, Farren. 3.55

Wir laden zum Besuch dieses Marktes höflich ein.
Kreisverwaltung Balingen.

Bei der öffentlichen (städtischen) Sparkasse in Eppingen ist alsbald die Stelle des

Sparkasseneduierers

neu zu besetzen. In Betracht kommt nur eine fachmännisch geschulte Kraft, die in der Lage ist, in jeder Beziehung die Aufgaben des Geschäftsführers zu erfüllen. Bewerbungen sind unter Vorlage eines Lebenslaufes, Verbands- und sonstiger Zeugnisse bis spätestens 15. April 1931 bei dem unterzeichneten Vorsitzenden des Verwaltungsrats einzureichen. Ablegung der Obersekretärprüfung für das Sparkassenwesen ist nachzuweisen. Bezahlung bisher nach Gruppe IVc der Reichsbesoldungsordnung.

Besondere Vorstellung ist nur nach besonderer Anforderung erwünscht. 3.68

Eppingen (Baden), den 20. März 1931.

Verwaltungsrat der städt. Sparkasse:

Der Vorsitzende:
Birtz, Bürgermeister.

Gewinnliste der 20. Geldlotterie zur Wiederherstellung des St. Nikolaus-Münsters in Heberlingen a. D.

Bei der am 11. März 1931 stattgehabten Ziehung wurden folgende Nummern mit den dabei vermerkten Gewinnbeträgen gezogen:
A Gewinn von 100 bis 5000 Mark: 7038 (100), 12284 (100), 12763 (100), 29448 (5000), 43962 (500), 46851 (500) und Prämie 1000) 47215 (100). — B Gewinne zu 50 Mark: 11894, 18093, 27834, 25596, 31005, 35029, 35075, 42159. — C Gewinne zu 20 Mark: 4224, 11643, 12256, 29015, 23143, 22949, 26905, 26908, 29634, 30192, 33602, 34029, 34850, 33708, 32313, 38732, 39516, 39954, 41532, 43837. — D Gewinne zu 10 Mark: 28, 2295, 2779, 2872, 3907, 6336, 7108, 8193, 10629, 10850, 14546, 15421, 18763, 20823, 11533, 22851, 23751, 25546, 29420, 30380, 30931, 33505, 33509, 35449, 36209, 36374, 37104, 37899, 38740, 39481, 40261, 41133, 41803, 42700, 43782, 44247, 45074, 46871, 46915, 48243. — E Gewinne zu 5 Mark: 200, 1077, 2047, 2451, 2708, 3036, 3657, 4077, 4134, 5099, 5530, 5669, 5836, 6210, 6290, 6352, 6371, 7299, 8669, 9103, 9429, 10274, 10759, 10911, 11468, 12135, 13324, 13681, 14193, 14308, 14684, 14877, 14913, 15947, 15488, 15869, 16347, 16446, 16690, 17598, 17947, 18019, 18068, 19019, 20071, 20117, 20133, 20570, 21325, 21512, 22002, 22136, 23037, 23543, 24013, 24243, 24381, 24733, 24977, 25967, 27149, 27164, 27823, 27844, 27903, 28615, 28636, 29130, 30845, 31036, 31093, 31100, 31291, 31599, 31838, 31853, 31751, 31935, 33493, 33523, 35403, 36402, 36594, 37031, 37761, 38806, 40210, 40502, 42707, 43523, 43650, 44323, 44451, 45289, 46104, 47218, 48454, 48706, 49593, 49915. — Städtische Gewinne mit nachfolgenden Endzahlen gewinnen je 2 Mark: 025, 090, 072, 085, 099, 119, 140, 155, 172, 228, 238, 294, 359, 375, 416, 439, 440, 468, 472, 601, 628, 629, 536, 603, 621, 623, 697, 742, 790, 854, 888, 918, 919, 990. — Ferner gewinnt 2 Mark: 44197. Die Auszahlung erfolgt durch: Oberbaurat Feher, Karlsruhe i. B., Rengstraße 23.

Osteraufenthalt in Badenweiler
HOTEL RÖMERSBAD
Haus ersten Ranges • Eröffnung 21. März

Öffentl. Zustellung einer Klage: 4541. Karlsruhe. Die Firma B. Bolander, Karlsruhe, Kaiserstraße 121, klagt gegen die Eheleute K. Landmann, früher in Karlsruhe, Zähringerstraße 84, unter der Behauptung, daß diese ihr aus Miete 336.— RM. und aus Warenlieferung 188,44 RM. schuldig seien, mit dem Antrag auf kosten-

fällige, vorläufig vollstreckbare Verurteilung zur Zahlung von 524,44 RM. nebst 2 Proz. Zinsen über dem jeweiligen Reichsbankdiskont seit 1. Januar 1931 aus 188,44 RM. Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits werden die Beklagten vor das Amtsgericht in Karlsruhe, Akademiestraße 4, Saal 131, auf Dienstag, den 12. Mai 1931, vormittags 9 Uhr, geladen. Karlsruhe, den 16. März 1931. Gerichtsstelle des Amtsgerichts Karlsruhe A 4.

Teer- und Bitumenlieferung 1931.

Das Wasser- u. Straßenbauamt Offenburg vergibt gemäß Verordnung des Finanzministeriums v. 20. 1. 1920 im öffentlichen Wettbewerb die Lieferung von 464 Tonnen Teer und 24 Tonnen Bitumen zur Oberflächenbehandlung der Kreisstraßen im Jahr 1931, vorbehaltlich der Genehmigung der erforderlichen Mittel durch die Kreisversammlung. R.362

Der Vergabe liegen die Bedingungen der Wasser- und Straßenbaudirektion für die Lieferung von Teer und Bitumen zur Oberflächenbehandlung von Landstraßen in Baden zugrunde. Die Bedingungen liegen zur Entnahme durch die Bewerber auf dem Geschäftszimmer des Bauamts auf. Dieselben werden nach auswärts nicht abgegeben.

Angebote für 100 kg Teer in Kesselnwagen und Bitumen in Blechtrommel, frei Güterbahnhof Offenburg, sind verschlossen, mit der Aufschrift „Teer- und Bitumenlieferung“, portofrei bei uns einzureichen. Eröffnungstermin: Dienstag, den 7. April 1931, vormittags 10 Uhr.



Badisches Landestheater

Sonntag, 22. März 1931

*E 19 Th.-Gem. 101—200

Zum erstenmal

Der Mantel

Oper von Puccini
Dirigent: Schwarz
Regie: Pruscha
Mitwirkende:
Fanz, Haberforn, Kainbach, Kiefer, Dr. Rang, Böjer, Detner

Hierauf

Zum erstenmal

Schwester Angelica

Oper von Puccini

Dirigent: Schwarz

Regie: Pruscha

Mitwirkende:

Manf, Fanz, Fischbach, Haberforn, Winter, Bauer, Kurt, Dellmuth, Krauß, Kurz, Kotschmann, Ribinius, Silgradt

Hierauf

Neu einstudiert

Gianni Schicchi

Oper von Puccini

Dirigent: Schwarz

Regie: Pruscha

Mitwirkende:

Manf, Haberforn, Seiberlich, Winter, Kurt, Falke, J. Gröhinger, Gopach, Kainbach, Kiefer, Böjer, Schoepflin, Schuster, Lindemann, Weber

Anfang 19 1/2, Ende 22 1/2, Preise D (1—8 RM)

Montag, 23. März 1931

Volkshöhle:

Märzvorstellung

Der Mann,

den sein Gewissen trieb

Schauspiel von Hofstad

Regie: Baumbach

Mitwirkende:

Bertram, Frauendorfer, Genter, Dahlin, O. Kienfischer, Kufner, Prüter, Schulze

Anfang 20, Ende 22

Preise A (0,70—5 RM)

Der IV. Rang ist für den allgem. Verkauf freigegeben.

Die 24. 3. Die Liebesprobe.

Hierauf: Josephslegende.

Ri. 25. 3. Sondervorstellung für die Volkshöhle.

Do. 26. 3. Der Mantel; Hierauf: Schwester Angelica.

Fr. 27. 3. Der Rosenkavalier.

Sa. 28. 3. Zum erstenmal: Das Reich Gottes in Böhmen.

So. 29. 3. Tiesland.

Im Rath's.: Keine Vorstellung.

Im Städt. Konzerthaus

Sonntag, 22. März 1931

Zum erstenmal:

Meine Frau, das Fräulein

Operetten-Schwank von Beutten

Dirigent: Reibert

Regie: Herz

Mitwirkende:

Jan. Kypf, Mademacher, Brand, Höder, Just, Koeble, Wehner, Müller, Prüter

Anfang 19 1/2, Ende 22

I. Parkett 3,50 RM

Oeffentliche Sparkasse Achern

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	RM	Schulden	RM
1. Kassenbestand	2 509,34	1. Spareinlagen	3 649 687,97
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postsparkassendäm	78 684,19	2. Aufwertungs Spareinlagen	730 582,03
3. Wechsel	37 437,34	3. Giro- und Kontoforrenteinlagen	227 697,69
4. Darlehen a. Hypotheken	2 432 490,65	4. Anlehenskapitalien	10 479,10
5. Grundstückskaufgebe	5 510,—	5. Ausgaberrückstände	161,50
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	489 974,24	6. Gesehliche Rücklage 1930	173 558,09
7. Darlehen auf Schuldscheine	200 357,55	7. Reingewinn vom Jahre 1930	49 059,83
8. Darlehen an Gemeinden	836 703,19		
9. Aufwertungsfordernngen	566 077,97		
10. Einnahmerückstände	141 480,74		
11. Grundstücke u. Gebäude	50 000,—		
12. Gerätschaften	1,—		
	4 841 226,21		4 841 226,21

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 3 877 385,66 RM Einlagen = 310 190,85 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 222 617,92 RM
Somit weniger 87 572,93 RM
Achern, den 16. März 1931. R.355

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Der Geschäftsführer:
Schäfer Reßler

Oeffentliche Sparkasse Hardheim

Bilanz per 31. Dezember 1930

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
Kassenbestand	7 495,81	Spareinlagen	480 117,29
Guthaben bei Banken, Girozentralen u. Postsparkassendäm	50 993,33	Aufwertungs Spareinlagen	225 639,19
Darlehen auf Hypotheken	284 649,30	Giro- u. Kontoforrenteinlagen	23 856,19
Darlehen in laufender Rechnung an Private	6 740,65	Ausgaberrückstände	220,—
Darlehen auf Schuldscheine	41 576,65	Rücklagen früherer Jahre	16 089,98
Darlehen an Gemeinden	106 000,—	Reingewinn vom Jahre 1929	11 436,85
Aufwertungsfordernngen	121 995,51		
Konten	54 112,96		
Grundstückskaufgebe	47 431,—		
Verbandsbeilage	12 500,—		
Einnahmerückstände	22 564,29		
Gerätschaften	1 300,—		
	757 359,50		757 359,50

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 503 973 RM = 40 317,84 RM
Sie beträgt auf Schluß des Rechnungsjahres 1929 27 526,83 RM
Somit weniger 12 791,01 RM

Hardheim, den 16. März 1931. R.357

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Der Geschäftsführer:
Seeber Bueckard